

[View this email in your browser](#)



Liebe Mitglieder, Spenderinnen und Abonnennten,

Heute haben wir eine geballte Ladung Intransparenz, Neuigkeiten zur No Lobbying Initiative und einen Hör Tipp für Sie im Angebot.

Lesen Sie sich durch die neusten Lobby-Machenschaften aus Bundesbern und falls Sie es noch nicht sind: [Werden Sie Mitglied und unterstützen Sie Lobbywatch!](#)

Lorenz Hess und die Offenlegungspflicht

Ein Beispiel für undurchsichtige Interessenvertretung ist Mitte-Nationalrat Lorenz Hess, einer der einflussreichsten Gesundheitspolitiker und zugleich PR- und Unternehmensberater. Seit mehr als einem Jahr sitzt er im Verwaltungsrat der Beteiligungsgesellschaft Swiss Medical Network Holding SA. Er hat dieses Mandat nicht gemeldet. Von Lobbywatch konfrontiert sagt Hess: «Ich habe während der Märzsession festgestellt, dass das nicht die einzige Anpassung ist, die bei Ablauf der Frist nicht oder fehlerhaft abgespeichert ist.» Er werde die Fehler nächste Woche beheben lassen.

Hess ist eines der Parlamentsmitglieder mit den meisten Nebenämtern. Laut Recherchen von Lobbywatch vereint er ein Dutzend Mandate in der Gesundheitsbranche. Gegenüber den Parlamentsdiensten hat Hess lediglich ein Mandat bei der Visana Gruppe deklariert. In der [Lobbywatch-Datenbank](#) sind aber acht Verwaltungsratsmandate bei unterschiedlichen Unternehmen der Visana Gruppe aufgeführt (Stiftung Visana Plus, Galenos AG, sana24 AG, Visana Beteiligungen AG, vivacare AG, Visana Allgemeine Versicherungen AG, Visana Versicherungen AG, Stiftung Atusana).

Gegenüber Lobbywatch argumentiert Hess seit Jahren, dass diese Mandate als eines zu verstehen seien, weil alle aufgeführten Gesellschaften zur Stiftung Visana Plus gehörten. Diese Untergesellschaften haben alle denselben Verwaltungsrat wie auch dieselbe Geschäftsleitung. Sein Salär – 2023 waren es 166'750 Franken – sei die Entschädigung für sein Mandat als VR-Präsident der Visana Gruppe als Ganzes, die weiteren Mandate würden nicht zusätzlich entlohnt.

Lobbywatch orientiert sich an Artikel 11 des Parlamentsgesetzes. Dieser verpflichtet die Ratsmitglieder zur jährlichen Offenlegung ihrer «Tätigkeiten in Führungs- und

Aufsichtsgremien von schweizerischen und ausländischen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten und des öffentlichen Rechts». Nur die Visana Holding als Mandat aufzuführen erachtet Lobbywatch als intransparent, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle Bürger:innen wissen, dass Galenos AG, viavacere AG und sana24 AG Untergesellschaften ebendieser sind. Lobbywatch verweist der Vergütung jeweils darauf, dass der Betrag für alle Mandate bei der Visana-Gesellschaften insgesamt gelte.

Dieses Beispiel verdeutlicht die Schwächen des aktuellen Systems: Eine Deklarationspflicht ohne Kontrolle und Sanktionen reicht nicht aus, um Transparenz über die Interessenbindungen von Parlamentarier:innen zu gewährleisten. Es zeigt, wie leicht wirtschaftliche Interessen im Verborgenen bleiben können – mit potenziellen Auswirkungen auf politische Entscheidungen.

Intransparentes Blockchain Lobbying

Intransparent geht es auch bei der Swiss Blockchain Federation (SBF) zu und her. Der Verband setzt sich für den «Blockchain-Standort Schweiz» ein und zählt namhafte Mitglieder wie den Pharmakonzern Novartis, die Bank Julius Bär oder auch den Kanton Zürich. Ende März hat die SBF einen neuen Beirat («Gruppe Politik») geschaffen. Dem neuen Gremium gehören neun Mitglieder des National- und Ständerats an: Matthias Michel und Petra Gössi (FDP), Isabelle Chappuis und Erich Ettlin (Mitte), Baptiste Hurni (SP), Tiana Moser (GLP), Benjamin Fischer, Franz Grüter und Paolo Pamini (SVP). Das Büro des Verbands wird von der Lobbying-Agentur furrerhugi geleitet, deren Gründer Lorenz Furrer Vizepräsident des Blockchain-Verbands ist.

Nachdem Lobbywatch die neuen Mitglieder der «Gruppe Politik» dieses Lobbyverbandes um eine Bestätigung ihrer Teilnahme bat, verschwanden am 8. April sämtliche Informationen über den Beirat und seine Mitglieder von der Website des SBF. Der Verband sagt auf Anfrage, dass die Namen entfernt wurden, «um Missverständnisse zu vermeiden». Was für Missverständnisse das sein könnten, wird nicht weiter erläutert. Laut SBF beschäftigt sich die Gruppe Politik mit «politischen Rahmenbedingungen» und fördert den «themenbezogenen Austausch mit Fachpersonen aus Technologie, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik». Die Offenlegungspflicht ist hier deutlich: solche Mandate gehören deklariert. Sie haben dazu laut Gesetz noch bis zum Beginn des kommenden Jahres Zeit. Die plötzliche Löschung wirft aber Fragen zur Transparenz des Verbands auf, insbesondere da er sich aktiv für politische Einflussnahme zugunsten der Blockchain-Branche einsetzt.

No Lobbying Initiative gestartet

Eine neue Volksinitiative ([«No Lobbying – Für eine volksorientierte Politik»](#)) will dem Lobbyismus im Parlament stärkere Grenzen setzen. Sie fordert, dass Parlamentsmitglieder mit wirtschaftlichen oder politischen Interessenbindungen nicht mehr in Kommissionen mitwirken dürfen, die ihre Interessen berühren. Die Initiative

verlangt zudem eine erweiterte Offenlegungspflicht: Neben Interessenbindungen sollen auch Honorare und geldwerte Leistungen aus diesen öffentlich gemacht werden. Hinter der Initiative steht ein Komitee aus sechs Privatpersonen aus Luzern, das bis September 2026 die nötigen 100'000 Unterschriften sammeln will.

Der Aufruf zeigt, dass Lobbying in der Politik ein Thema ist, das die Zivilgesellschaft zunehmend beschäftigt. Zwar gehört Interessenvertretung zur Demokratie, doch fehlende Transparenz bei Geldflüssen und Einflussnahme untergräbt den demokratischen Prozess und erschüttert das Vertrauen in staatliche Institutionen. Studien der [OECD](#) und von [Transparency International Schweiz weisen](#) auf erhebliche Mängel hin, und die Schweiz wird regelmäßig für ihre laschen Regelungen kritisiert, zuletzt im [November 2024 von der Staatengruppe des Europarates gegen Korruption \(GRECO\)](#). Lobbywatch fordert daher schon lange eine Offenlegungspflicht für Lobby-Löhne, um die demokratische Legitimität von Lobbying zu stärken.

Hörtipp: Läck Lobby

Hörtipp: Läck Lobby

Im neusten Podcasts des Republik Magazin gibt Lobbywatch Co-Präsidentin, Priscilla Imboden, gemeinsam mit Lukas Häuptli und Dennis Bühler einen Crashkurs in Lobbyismus im Bundeshaus.

[Den Podcast können Sie hier nachhören.](#)



Lobbywatch finanziert sich über Spenden. Sind Sie noch nicht Mitglied? [Dann können Sie es hier werden!](#)

Vielen Dank für Ihre Unterstützung und beste Grüsse

Reto Naegeli
Geschäftsleitung



Copyright © Lobbywatch

[Unsubscribe from this list.](#)

